

„Bürgerantrag wird mit pauschalen Argumenten abgewimmelt“

Verl (gl). Manuel und Alexandra Müller hatten als Anwohner des Schlangenswegs in Verl beantragt, Maßnahmen zu ergreifen, um die Geschwindigkeiten der Autos auf der Straße zu reduzieren. Die Verwaltung lehnt das Aufstellen von Schildern an. Dazu schreiben die Müllers in einem Leserbrief:

„Wir wollten nicht viel, aber die von der Verler Verwaltung angeführten Argumente gegen Maßnahmen zur Geschwindigkeitsreduzierung auf dem Schlangensweg

lassen uns ernsthaft an der bebauten Bürgernähe der Stadt zweifeln. Es heißt sehr allgemein: „Kinder, denen die Einsichtsfähigkeit fehlt, unterliegen der Aufsichtspflicht der Eltern.“

Gerade weil Kinder spontan sind und sich leicht ablenken lassen, ist ein besonderer Schutz erforderlich und häufig mit geringen Mitteln herzustellen. Wir können nicht begreifen, dass das Recht des Autofahrers auf zügiges Fortkommen am Schlangensweg mehr wert sein soll als das Recht unserer Kinder auf Leben und

Unversehrtheit.

Unbestritten ist: Auf dem Schlangensweg kann, aber sollte nicht schnell gefahren werden. Wir haben Angst vor Rasern, die dies trotzdem tun. Warum dürfen diese nicht schon vor dem Ortschaftsschild durch ein Tempo-50-Schild ausgebremst werden? Wem tut denn ein solches Schild weh? Mehr als weh tut es dagegen, wenn ein Kind überfahren wird.

Auch könnte eine Bremschwelle, wie wir sie anregen, durchaus hilfreich sein, wenn sie bautechnisch sauber ausgeführt

und auf sie rechtzeitig durch ein entsprechendes Schild aufmerksam gemacht wird. Das kann man sehr schön zum Beispiel auf der Parkstraße in Gütersloh beobachten.

Wir wollen nicht mit einer Geschwindigkeitsmessung vertröstet werden, wir brauchen eine ganzheitliche Analyse der gefährlichen Situation. Eine solche Messung erfasst zum Beispiel nicht, dass sich an dieser gefährlichen Stelle ein gut besuchter Spielplatz befindet, der nur über den Schlangensweg erreicht wer-

den kann. Wir reden über eine Ausnahmesituation, über einen Spielplatz, an dessen Straße zum Teil 100 Stundenkilometer erlaubt sind.

Wir sind enttäuscht. Die Bürgerbeteiligung wird immer hoch gepriesen. Stellt der Bürger aber tatsächlich mal einen Antrag, so wird er mit pauschalen Argumenten abgewimmelt.

Leserbriefe sind keine Meinungsäußerung der Redaktion. Wir behalten uns vor, Zuschriften abzulehnen oder zu kürzen.
